

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 9

Artikel: Der Radwechsel am fahrenden Zug : nur eine Wohlstandsstrategie
Autor: Haering, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340390>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auch utopische Entwürfe. Mit Utopien tut sich R. Strahm ohnehin schwer. Zwar heisst ein Kapitel «Sozialdemokraten brauchen Utopien», aber man liest auch: «Utopien sind gefährlich, wenn sie zu falschen Illusionen verlocken.» Wie dem auch sei: Zündende Utopien sind nicht die Sache dieses Autors. Aber die offen rassistische Haltung weiter Teile der Schweizer Öffentlichkeit in der Flüchtlingsfrage z.B. verlangt den Widerstand aller «Menschen, die guten Willens sind». Und dieser Wille entsteht doch nur aus Utopien, sei es aus der Utopie der internationalen Solidarität bei uns Sozialisten, sei es aus der Bergpredigt bei den Christen. Dass in der Schweizer Sozialdemokratie teilweise utopische Ideale vergessen gingen, dass es auch kaum noch jemanden gibt, der sie verkünden kann oder will, das ist einer der Hauptgründe, dass viele unserer Anhänger so anfällig für das Gedankengut dieser profitsüchtigen Gesellschaft geworden sind.

Strahms Programme sind also weder präzise formuliert, so dass man sie gleich verwirkli-

chen könnte, noch sind sie packend, die Hoffnung lehrend, wie dies Bloch von Utopien forderte. Strahms Programme sind mittelfristig, vage, letztlich nicht sehr wesentlich. Und darin widerspiegelt sich nun effektiv die Situation der SPS im Bund. Die SPS hatte nie die Möglichkeit, allein Macht auszuüben, die Geschicke des Landes zu bestimmen. Sie war immer in der Minderheit, ohne jede Hoffnung darauf, einmal – wie die Schwesterparteien in Deutschland, Österreich, Frankreich usw. – die eigenen Interessen umsetzen zu können. Dies hat dazu geführt, dass die Frage des Machbaren, die Durchsetzung des Programmierten einen untergeordneten Stellenwert erhielt. Da man zum Schluss ohnehin irgendeinen Kompromiss würde schliessen müssen, war es gar nicht entscheidend, die eigenen Ideen auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen. Die SPS wurde Anregerin und Kritikerin, aber sie ist keine Partei der Tat. «Postulate zur Kontrolle der Vormacht des Kapitals» hat denn auch Ruedi Strahm «aus Platzgründen» in seinem Buch weggelassen.

wir dabei nicht auf der «technokratischen» Alltagsebene dieses Buches und in den Denkmustern des «integrierenden Zentrums» dieser Partei stecken bleiben. Ich teile Ruedi Strahms Einschätzung, dass grosse Utopien im konkreten Alltag (noch) keine Handlungsfähigkeit begründen.

Aber: Der Verzicht auf gesamtgesellschaftliche Utopien untergräbt bereits mittelfristig unsere Handlungsmotivation. Erst der Kampf für die grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft begründet unser Engagement in und mit dieser Partei. Nicht die Distanz zwischen Utopie und Alltag ist das Problem, sondern unser Unvermögen, Utopien so umzusetzen, dass im Alltag ihnen entsprechende Handlungen möglich werden.

Dabei misstraue ich der «sachpolitisch orientierten Zentrumsstrategie», mit welcher Ruedi Strahm die «neuen Mittelschichten» ansprechen und für die SP als neue Wähler/innen gewinnen will. Sie ist eine Wohlstandsstrategie, die die grundsätzlich unveränderten Widersprüche und Konflikte dieser Gesellschaft ausklammert. Ihre Perspektive ist allerhöchstens mittelfristig. Und was nützen der SP Wohlstandswähler/innen, die sich ihr politisches Engagement lediglich auf der Grundlage ihrer materiellen und sozialen Sicherheit leisten? Wo werden sie in Krisensituationen und -zeiten stehen? Was tragen sie zur grundlegenden Wandlung dieser Gesellschaft bei?

Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass sich engagierte Bürgerinnen und Bürger in zunehmendem Masse in «neuen Aktionsgebilden» und weniger in den traditionellen Parteien organisieren. Es ist jedoch eine andere Frage, wie «politisch bewusst» die Mehrheit dieser Engagierten ist.

Der Radwechsel am fahrenden Zug

Nur eine Wohlstandsstrategie

Von Barbara Haering

Aus welchen Motiven und mit welchen Inhalten auch immer dieses Buch geschrieben wurde: Ruedi Strahm hat damit den Stammtischauseinandersetzungen um Perspektiven und Strategien der SP – und dabei insbesondere der SPS – eine Öffentlichkeit und Breite gebracht, die

seit langem wieder fällig war. Bleibt zu hoffen, dass diese Diskussion sich nicht auf Sektionsversammlungen beschränken, sondern ihre konkreten Auswirkungen bis in die Entscheidungsgremien der Partei haben wird.

Doch dies wird sie nur, wenn

Und damit ist die Frage zu stellen, inwiefern die von Ruedi Strahm angestrebte «themenbezogene Zweckallianz» mit den neuen Mittelschichten, diese Forumsfunktion der Partei, effektiv zur politischen Stärkung der SP beitragen wird. Ich meine: Auch eine themenbezogene Zweckallianz kann nicht auf die Basis gemeinsamer – wenn auch generell formulierter – politischer Grundsätze und Zielvorstellungen verzichten, wenn sie von längerfristiger Relevanz sein soll. Dazu braucht es – wie

Ruedi Strahm dies ebenfalls stets gefordert hat – verstärkte politische Bildungsarbeit parteiintern sowie eine kontinuierliche politische Grundsatzdiskussion mit den Gewerkschaften und den anderen linken Parteien. Die Partei kann nur aus einer klaren politischen Grundhaltung heraus erstarren.

Der Wunsch Ruedi Strahms – und anderer – nach einer zentralen Mitgliederkartei erscheint mir dabei entweder als technologisches Detail oder

aber als Indiz für ein perfekt technokratisches Politikverständnis, das sich bereits mittelfristig nur kontraproduktiv, das heisst atomisierend, demotivierend und demobilisierend auswirken kann. Dieser Entpolitisierung muss die Parteilinke entgegentreten.

Ist ihr wirklich die Luft ausgegangen, wie Ruedi Strahm dies feststellt? Sie zum Widerspruch und zur Reaktion aufzuwecken, wäre ein schönes Ergebnis dieser Buchveröffentlichung!

Die Schweizerischen Jungsozialisten haben einen neuen Anlauf genommen

Trotz allem wieder im Aufwind

Von Thomas Müller

Begonnen hat eigentlich alles während einer Zugreise, als eine Gruppe von Jungsozialisten und Jungsozialistinnen vom Festival der «International Union of Socialist Youth» (IUSY) voll Enthusiasmus und neu motiviert heimkehrte. Dort entstand die Idee, eine neue Plattform zu erarbeiten und zu diskutieren. Im Sommer 1986 nun standen die Jusos mitten in der Diskussion um das neue Grundlagenpapier.

Nach der Generalversammlung der schweizerischen Jusos in Fribourg 1985 titelten verschiedene Zeitungen: «Krise der Jusos ist offensichtlich!» Ich muss offen gestehen, dass ich über derartige Titel recht erstaunt war. Zeigte sich doch gerade an dieser GV erstmals etwas Licht im schier endlos langen Tunnel. In Fribourg waren die schweizerischen Jusos gerade deshalb zusammengekommen, um wieder einmal grundsätzliche Fragen zu diskutieren, unter anderem eben auch grundsätzliche

Fragen in bezug auf sie selber. Dass dabei ein eben nicht harmonisches Bild entstand, ist kein Anlass zur Aufregung. Vielmehr wurde in Fribourg der Grundstein zu einer politischen Grundsatzdiskussion gelegt, die den schweizerischen Jusos längerfristig wieder ein eigenes Profil geben wird.

Die schweizerischen Jusos haben wie andere linke Organisationen seit Mitte der siebziger Jahre einen starken und mitunter sogar schmerzhaften Wandel durchgemacht. Dieser Wandel hängt u.a. auch mit dem Wandel in der Gesellschaft zusammen.

Während der Jugendunruhen von 1980 und den folgenden Jahren wurden die Genossinnen und Genossen meist ausgepöfeln, wenn sie als Jusos an Vollversammlungen auftraten. Sozialistische Konzepte für eine demokratische Gesellschaft und einen demokratischen Staat waren nicht gefragt. Jugendliche «bewegten» sich aus Betroffenheit. Sie waren betroffen von

Wohnungsnot, Verbetonierung von Lebensräumen und vielem mehr. Sie demonstrierten für ein lebenswertes Leben, aber nicht weil sie einsahen, dass die Häuserspekulation der Spekulanten die Wohnungen unerschwinglich werden liessen. Und darin liegt meines Erachtens auch der Hauptunterschied zur 68er-Generation. Diese traten mit klaren Vorstellungen, Konzepten und Alternativvorschlägen zur kapitalistischen Gesellschaft an. Die 68er erachteten es nur als eine Frage der Zeit und des persönlichen Einsatzes jedes einzelnen, bis dass der Sozialismus verwirklicht sei. Die 80er-Bewegung hingegen trat aus Betroffenheit und Ohnmacht gegenüber diesem Staat an und kämpfte mit Pflastersteinen anstelle von Argumenten. Ähnlich verhält es sich bei den Jusos. Sie sind heute nicht mehr eine rein sozialistische Jungpartei, wie sie es vielleicht einmal gewesen sein mögen. Vielmehr sind die Jusos heute eine Organisation von